

klar.links



Friedrichshain-Kreuzberg



Foto: Gerd Dangel | wikipedia

Das SEZ nicht abreißen!

Seit vielen Jahren wird über den Abriss des Friedrichshainer Sport- und Erholungszentrums SEZ durch die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft WBM diskutiert. Nun hat die WBM den Abriss beim Bauamt des Bezirks angezeigt.

Die Abrissarbeiten sollen am 02. März beginnen – ausgerechnet am selben Tag, an dem im Stadtentwicklungsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses die Anhörung zum Antrag der Linksfraktion mit

dem Titel »SEZ nicht abreißen« stattfinden soll. Dieses Vorgehen stellt eine Missachtung demokratischer Entscheidungsprozesse und ist politisch höchst problematisch. Auch die Initiative »SEZ für alle«, die sich seit Jahren für die Erhaltung des Gebäudes einsetzt, ist empört. Das SEZ wurde 1981 als Sport- und Erholungszentrum für die Bevölkerung der DDR eröffnet und bot unter anderem ein Wellenbad, eine Eislaufbahn und mehrere Sporthallen. Nach der Wende wurde der Betrieb schrittweise eingestellt. Nach einer Zeit in der Hand eines privaten Investors gehört das

SEZ heute wieder dem Land Berlin. Optionen für einen Komplett- oder Teilerhalt wurden bislang jedoch nicht geprüft. Und das, obwohl einiges gegen den Abriss des SEZ spricht. Das Gebäude ist nicht nur historisch

bedeutend und architektonisch einzigartig, sondern auch für viele Ostberliner*innen ein prägender Ort der Erinnerung. Zudem bietet das SEZ die Chance, dringend benötigte Sport- und Schwimmflächen für den Bezirk zu

schaffen, an denen es Friedrichshain deutlich mangelt. Angesichts dieses Defizits erscheint es daher absurd, das SEZ einfach abzureißen. Auch aus fachlicher Sicht gibt es keinen Anlass für einen Abriss des Gebäudes. Das Landesdenkmalamt hat den Erhaltungszustand des SEZ bezogen auf die Grundsubstanz als insgesamt intakt bewertet. Vor der Übernahme durch die WBM befand sich das SEZ in einem guten, erhaltenswerten Zustand und wurde teilweise weiterhin genutzt. Einen zwingenden baulichen Grund für den Abriss gibt es somit nicht. Darüber hinaus sind der Erhalt

und die Umnutzung bestehender Gebäude zentrale Bausteine einer ökologischen Bauwende. Im SEZ sind große Mengen an Materialien verbaut, die durch einen Abriss vernichtet werden. Außerdem liegen bislang weder belastbare Angaben zu den Kosten des Abrisses noch zu den Kosten eines möglichen Komplett- oder Teilerhaltes vor.

Wir als die Linke setzen uns deshalb dafür ein, dass das **SEZ nicht abgerissen** wird und als architektonisch und kulturell wertvolles Gebäude erhalten bleibt. Wir fordern eine **Machbarkeitsstudie**, in der der **bauliche Zustand des Gebäudes** sowie der **finanzielle Aufwand einer Sanierung** und eines **Sport- und Freizeitbetriebes** untersucht werden, damit auf dieser Grundlage verantwortungsvoll über die Zukunft dieses wichtigen Ortes entschieden werden kann.



Michael Efler,
Mitglied des Abgeordneten-
hauses für Die Linke



Meine Sicht.

Lifestyle-Teilzeit?!

Kaum ein Tag, an dem nicht aus den Reihen von CDU und CSU eine neue Sau durchs Dorf getrieben wird. Der neueste Knaller: Lifestyle-Teilzeit. Oder mit anderen Worten: Wer Teilzeit arbeitet, soll zu mehr Arbeit gezwungen werden. Und das gegebenenfalls auch durch den Entzug von Sozialleistungen wie dem Wohngeld oder dem Kinderzuschlag. De facto ist das ein Frontalangriff auf 17 Millionen Teilzeitbeschäftigte, mehrheitlich Frauen. Denn Teilzeit ist für viele noch immer die einzige Chance, Familie und Beruf irgendwie unter einen Hut zu bekommen. Zugleich will eine große Zahl der Teilzeitbeschäftigten mehr arbeiten, steckt jedoch in der Teilzeitfalle, nicht selten sogar in sozial ungeschützten Minijobs. Wer will, dass Teilzeitbeschäftigte mehr arbeiten, muss hier ansetzen. Nicht mit Druck und Schikanen, sondern mit mehr Unterstützung, um die Arbeitszeit auch gegen Widerstände des Arbeitgebers erhöhen zu können. Doch so viel Realitätssinn in den Reihen von CDU und CSU, das ist wohl heutzutage schon zu viel verlangt.

Pascal Meiser, Mitglied des
Deutschen Bundestages



Nachwärmecafé am Kotti

Am 27.01.2026 eröffneten die Berliner Johanniter das Nachwärmecafé in der Reichenberger Str. 176 am U-Bahnhof Kottbusser Tor. Gemeinsam mit der Senatorin für Arbeit und Soziales, Cansel Kiziltepe und der Bürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, Clara Herrmann, war ich bei der Einweihung dabei. Das Angebot richtet sich insbesondere an obdachlose Menschen, die wegen Suchterkrankungen keine regulären Notschlafstellen aufsuchen können. Bis 30.04.2026 gibt es an sieben Tagen in der Woche von 22.30 Uhr bis 06.30 Uhr die Möglichkeit, den warmen Nachtaufenthalt zu nutzen, zur Ruhe zu kommen, Getränke und kleine Speisen zu sich zu nehmen. Für das Nachwärmecafé arbeiten die Johanniter eng mit der Drogen- und Suchthilfe

der Fixpunkt gGmbH zusammen, tagsüber betreibt Fixpunkt in den Räumen die Kontaktstelle Kotti mit angeschlossenem Drogenkonsumraum.

Wir als Linke unterstützen seit Jahren die Idee, solche Angebote zu machen. **Die Anzahl der Betroffenen steigt und Angebote für sie gibt es viel zu wenig.** Deshalb wäre es ein gutes Zeichen, wenn das Café über den 30.04.2026 weiter mit Mitteln der zuständigen Senatsverwaltung fortgeführt würde.



Regine Sommer-Wetter, Stadträtin für Soziales, Arbeit und Bürgerdienste

Problemimmobilien?

Macht den Eigentümern die Probleme!

Auf dem Wohnungsmarkt sind sogenannte Problemimmobilien ein extremes Beispiel für den rüden Umgang von Immobilien-eigentümern mit Mieter*innen. Es geht dabei um Häuser, in denen ein breites Spektrum von Verwertungsstrategien angewendet wird. Durch mangelhafte Bewirtschaftung senken ihre Eigentümer*innen die Kosten und lassen die Häuser bewusst verwahrlosen. Damit einher gehen häufig der spekulative Leerstand von Wohnungen sowie Versuche, Mieter*innen durch belastende Bau- und Modernisierungsmaßnahmen zum Auszug zu drängen – und so den Weg frei zu machen für eine profitablere Nutzung der Immobilie. Ein weiterer Weg zur Erhöhung der Profite wird mit der Umgehung der Mietpreisbremse beschritten. Auch die illegale gewerbliche Vermietung als Ferienwohnungen oder als (möbliertes) Zeitwohnen sowie die zimmerweise Vermietung zu horrenden Mieten gehören

zu den Geschäftsmodellen in Problemimmobilien. Alle Strategien eint, dass sie Mietshäuser in einen Zustand bringen, in dem Mieter*innen ihre Nachbarschaft verlieren, in nicht mehr vertragsgemäßen Wohnverhältnissen leben und ihr Recht auf einen ordnungsgemäßen Zustand der Mietsache einklagen müssen. Reguläre Mietverhältnisse im Haus werden zur Ausnahme und unwirtliche Wohnverhältnisse kalkuliert herbeigeführt. Im Bezirk gibt es etliche Beispiele für diesen mieter*innenfeindlichen Umgang mit Mietshäusern. Prominente Adressen sind die Graefestraße 13, die Petersburger Straße 29, die Reichenberger Straße 176, die Samariterstraße 8 oder die Weserstraße 36. Hier und bei allen anderen Problemimmobilien setzt sich die Linke für die konsequente Nutzung der wohnungs- und bauaufsichtlichen Eingriffs- und Sanktionsmöglichkeiten durch den Bezirk

ein. Wir haben dazu mehrere Anträge und BVV-Beschlüsse sowie ein bezirkliches Vorgehen zur Unterstützung der Mieter*innen auf den Weg gebracht. Denn bei der Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche gegenüber ihren Vermietern brauchen Mieter*innen Hilfe durch den Bezirk. Dazu muss der Bezirk auch über genügend Mittel und Personal verfügen. Und wir sind selbst vor Ort aktiv: »Die Linke hilft« bietet zusätzlich zu den vom Bezirk beauftragten Mieterberatungsstellen eine niedrigschwellige Beratung an mehreren Standorten im Bezirk an. Unsere Ortsverbände unterstützen an den Haustüren Mieter*innen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte. Wo Eigentümer trotz Buß- und Zwangsgeldern das Herunterwirtschaften ihres Wohnungsbestandes fortsetzen und die Unbewohnbarkeit des Wohnraums droht, fordern wir die Einleitung von Treuhänderverfahren und

entsprechende Unterstützung des Senats – damit die Probleme die Seite wechseln.



Kerima Bouali, Mitglied der BVV Friedrichshain-Kreuzberg und im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen



Foto: Kay Fochtmann | Freepik

Starke Betriebsräte braucht der Bezirk!

Am Arbeitsplatz hat allein der Chef den Hut auf? Das muss nicht so sein. Betriebsräte sorgen für mehr Demokratie im Betrieb. In diesem Frühjahr werden sie bundesweit neu gewählt. Je mehr Beschäftigte sich beteiligen, umso besser. Die Betriebsratswahlen finden alle vier Jahre statt.

Der Wahlzeitraum startet am 1. März und endet am 31. Mai. Der konkrete Wahltermin wird jeweils im Betrieb festgelegt. Die Linke ruft dazu auf, sich zu beteiligen.

■ Gewerkschaftliche Listen stärken

In vielen Betrieben treten Kandidat*innen der DGB-Gewerkschaften an, die für eine selbstbewusste Interessenvertretung gegenüber dem Arbeitgeber stehen und die für die Interessen aller Beschäftigten eintreten – auch und gerade für diejenigen, die sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen

befinden, und unabhängig von ihrer Herkunft oder Hautfarbe.

■ Rechten Parolen keinen Raum bieten

In diesem Jahr wollen teilweise auch rechte oder rechtsextreme Listen antreten. Auch deshalb ist es wichtig, an den Wahlen teilzunehmen. Betriebsräte dürfen nicht für Hass und Hetze missbraucht werden.

■ Betriebsräte haben verbindliche Rechte

Ob Betriebsräte gewählt werden und welchen Spielraum sie haben, wird nicht vom Arbeitgeber entschieden. Das Betriebsverfassungsgesetz gibt ihnen verbindliche Mitwirkungsrechte, zum Beispiel bei der Gestaltung der Arbeitszeiten und beim Arbeitsschutz, aber auch bei Kündigungen. Betriebsräte kontrollieren außerdem, ob Arbeitsrechte und Tarifverträge eingehalten werden – denn die besten Rechte nutzen nichts,

wenn sich niemand darum kümmert, sie auch durchzusetzen.

■ Betriebsräte gründen, wo es noch keine gibt

In einigen Betrieben in Friedrichshain-Kreuzberg wie Amazon, Zalando und TikTok haben die Beschäftigten in den vergangenen Jahren neue Betriebsräte gegründet – teilweise gegen erhebliche Widerstände. Aber leider gibt es weiterhin viele weiße Flecken. Wo noch kein Betriebsrat existiert, kann jederzeit einer gegründet werden! Hierbei bieten die Gewerkschaften Unterstützung. Als Ansprechpartnerin steht in Friedrichshain-Kreuzberg

außerdem die Beauftragte für gute Arbeit im Bezirksamt zur Verfügung. Dass es diese Beauftragte gibt, hat die Linke durchgesetzt, damit niemand allein gelassen wird beim Einsatz für mehr Demokratie und gute Arbeitsbedingungen.



Sonja Staack, Mitglied in der AG Gute Arbeit der Linken Friedrichshain-Kreuzberg

Problemimmobilie Petersburger Str. 29

Seit vielen Jahren bietet Karl F. Rommel aus Ravensburg auf Airbnb etliche Ferienwohnungen in der Petersburger Straße 29 an – zum Leidwesen der nur noch wenigen Mietparteien im Haus. Für Rommel sind die Mieter*innen ein Störfaktor für sein Geschäft. Er will sie loswerden und drehte

ihnen Mitte September das Gas ab, was er bereits in 2019 schon gemacht hatte. Bei klirrender Kälte harren die Mieter*innen seit fast fünf Monaten ohne Heizung, ohne Warmwasser und ohne Kochmöglichkeit aus.

Nachdem im November Die Linke kontaktiert wurde, fragte sie in der BVV nach, wann die Wohnungsaufsicht eingreife und ob die Vermietung der Ferienwohnungen legal sei. Die Antwort ließ erstaunen: Es sei seit Langem bekannt, dass Rommel illegal vermietet, es gäbe auch Amtsermittlungsverfahren, aber es gelänge dem Eigentümer erfolgreich, sich dem Zugriff durch Gerichte und Bezirksamt zu entziehen. Persönliche Zustellungen seien an keiner der bekannten Adressen möglich gewesen (DS/836/VI).

Recherchen der Mieter*innen und der Linken ergaben, Rommel bietet in Berlin

ca. 25 Ferienwohnungen auf Airbnb an und bundesweit fast 90. Eine Anfrage der Linken im Abgeordnetenhaus ergab, dass alle Berliner Angebote illegal sind. Airbnb ist weder verpflichtet, die Identität der Anbieter zu überprüfen, noch, ob eine Genehmigung vorliegt. So werden die illegalen Wohnungen auch jetzt weiter inseriert. In mehreren Bezirken laufen Verfahren gegen Rommel, doch Post an ihn sei unzustellbar und so läuft sein illegales Geschäft seit vielen Jahren unter staatlicher »Aufsicht« ohne Störung. Man reibt sich die Augen. Rommel ist Unternehmer in der Solarbranche und hat mehrere Firmen in Ravensburg laufen. Er ist Multimillionär, sollten die Ferienwohnungen auf Airbnb seine eigenen sein und er nicht als Strohmännchen agieren. In Berlin hat er keine Gewerbe angemeldet und ob er Steuern auf die horrenden Vermietungseinnahmen zahlt, beantwortet der Senat aus Datenschutzgründen

nicht. Während sich Rommel scheinbar im rechtsfreien Raum weiter illegal bereichert, frieren die Mieter*innen der Petersburger Straße 29 weiter. Die zuständige Wohnungsaufsicht sah sich zeitlich nicht in der Lage, irgendwas zu tun. Auch da reibt man sich die Augen. Wie kann man dem skrupellosen Eigentümer das Handwerk legen und zum Beispiel eine Ersatzvornahme ins Auge fassen? Der Senat gibt den Bezirken den Tipp einer »öffentlichen Zustellung«. Sind Schreiben unzustellbar, können diese amtlich bekannt gegeben werden auf der Homepage des Bezirks oder durch Aushang. Nach zwei Wochen gilt die Post als zugestellt und Fristsetzungen laufen. Go for it, möchte man dem Bezirksamt zurufen!



Gaby Gottwald, Mitglied der BVV Friedrichshain-Kreuzberg

Der Rote Laden

Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030 4262687
E-Mail: info@dielinke-fk.de

Bürozeiten:

Montag: 9.00–16.00 Uhr,
Dienstag & Donnerstag: 10.00–18.00 Uhr,
Mittwoch: 11.00–18.00 Uhr,
Freitag: Geschlossen

Veranstaltungen März / April 2026

Pascal Meiser, MdB

Zeughofstraße 22, 10997 Berlin
Telefon: 030 69507924
E-Mail: pascal.meiser.wk@bundestag.de

Nächste Sprechstunden:

Di., 10.03. und Mo., 27.04.,
jeweils 16.00–18.00 Uhr

Kostenlose Miet-, Sozial- und Arbeitsrechtsberatung:

Do., 12.03. und 09.04., jeweils
16.00–18.00 Uhr, Sprechstunde und
Beratung nur nach Anmeldung

Wahlkreisfahrten:

Do., 12.03. und Mi., 29.04.,
Bitte im Büro anmelden

Elif Eralp, MdA

Zeughofstraße 22, 10997 Berlin
Telefon: 030 69507925
E-Mail: buero@elif-eralp.de

Sozialsprechstunden:

Mo., 16.03., 14.00–16.00 Uhr und
Fr., 24.04., 15.00–17.00 Uhr

Aufenthaltsrechtliche Beratung:

Do., 19.03., 16.00–18.00 Uhr

Kostenlose Mietrechts-, sozialrechts- und arbeits- rechtliche Erstberatung:

Do., 26.03. und 30.04., jeweils
16.00–18.00 Uhr

Damiano Valgolio, MdA

Sociale (Wahlkreisbüro)
Richard-Sorge-Straße 69a,
10249 Berlin
Telefon: 0179 5454784
E-Mail: wahlkreis@valgolio.de

Sprechstunden:

Auf Anfrage

Kostenlose Rechtsberatung:

Auf Anfrage

Steffen Zillich, MdA

Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030 42801476
E-Mail: buero@zillich.berlin

Kostenlose Miet- und Sozial- rechtsberatung mit Rechtsanwalt

Gerd-Peter Junge und Kolleg*innen
(Anmeldung erforderlich):
Do., 12.03. und Do., 09.04.,
jeweils 14.00–16.00 Uhr

Michael Efler, MdA

Weidenweg 17, 10249 Berlin
efler@linksfraktion.berlin

Sprechstunden:

Fr., 06.03. und 20.03. sowie 03.04.
und 17.04., jeweils 10.00–12.00 Uhr

Mietberatung:

Mo., 30.03. und 27.04.,
jeweils 17.00–19.00 Uhr

Migrationsberatung:

Di., 31.03. und 28.04.,
jeweils 16.00–18.00 Uhr

Gemeinsamer Erfolg gegen Mietwucher

Die Linke wirkt vom Bezirk bis in den Landeshaushalt

Der erste wirksame Bußgeldbescheid gegen Mietwucher im Oktober 2025 war mehr als nur eine erfreuliche Nachricht. Er ist das Ergebnis einer beharrlichen und gemeinsamen Anstrengung der Linken verschiedener Ebenen und ein Beispiel, wie wir mit Ausdauer und klarer Strategie reale Verbesserungen für die Mieter*innen erkämpfen. Über Jahre haben engagierte Genoss*innen und Mieterinitiativen in unserem Bezirk den skandalösen Zustand angeprangert: Mietwucher wurde zwar beklagt, es galt aber seit Jahrzehnten

als juristisch unmöglich, den Mietwucher tatsächlich zu verfolgen. Doch mit dem das Beispiel aus Frankfurt am Main und dem anhaltenden Druck von unten setzte die Linksfraktion in der BVV das Thema immer wieder auf die Tagesordnung. Der entscheidende politische Hebel war der Haushalt. Im September 2023 haben wir eine zusätzliche Stelle explizit für die Mietwucherbekämpfung in den Haushaltsplan eingebracht und (gegen Widerstände der Grünen) durchgesetzt. Danach brauchte es noch einige politische Arbeit unseres linken Stadtrats bis die Arbeit aufgenommen wurde, die im Oktober 2025 zum perfekten Zeitpunkt zum ersten Bußgeldbescheid führte: Für eine Miete, die 190 Prozent über dem ortsüblichen Niveau lag, musste die Vermieterin ein Bußgeld von 26.000 Euro zahlen, sowie 22.000 Euro zu viel gezahlte

Miete an die Mieterin zurückzahlen. Entscheidend war aber die massive mediale und politische Aufmerksamkeit für die Botschaft: Die Linke hilft gegen Mietwucher. Diese öffentliche Wirkung setzte neue Kräfte frei – nicht zuletzt in den anderen Berliner Parteien. Wir nutzten den gestiegenen Druck und setzten zumindest in einigen Bezirken in den Haushaltsverhandlungen im Oktober 2025 weitere Stellen zur Mietwucherbekämpfung durch und ließen auch im Abgeordnetenhaus nicht

immer wieder erklärte, dass er keine Notwendigkeit für mehr Stellen zur Bekämpfung von Mietwucher sehe, war der Druck auf die Koalition von SPD und

CDU angesichts der anstehenden Wahlen zu groß: Im letzten Moment wurden 19 weitere Stellen für die Mietenaufsicht in den Landeshaushalt eingefügt. Der Druck aus den Kiezen führte nicht nur zu politischen Beschlüssen, sondern mit konkreten Erfolgen auf Bezirksebene konnten wir das Thema auf die nächste politische Ebene heben und weitere Ressourcen für die Mieter*innen der Stadt erkämpfen. Gemeinsam können wir den Mietenwahnsinn bekämpfen. Daran arbeiten wir weiter – nicht nur im Wahljahr 2026.



René Pérez Domínguez,
Fraktionsvorsitzender
der Linken in der BVV
Friedrichshain-Kreuzberg

Zahlst du Wuchermiete?



Mach hier den
Mietwucher-
Check!

SCAN ME
Mietwucher
APP

Besucht Pascal im Bundestag

kommt mit zur Informationsfahrt in den
Bundestag und das politische Berlin am:

12. März | 29. April

Anmeldungen an:
pascal.meiser.wk@bundestag.de



Foto: Marashi Ceron

Termine Ortsverbände

Es finden verschiedene Termine
rund um den **8. März** statt,
bitte per E-Mail anfragen.



Ortsverband

Friedrichshain Südost

■ Mitgliedertreffen:

Mo., 09.03. und Di., 24.3. sowie
Mo., 06.04. und Di., 28.04., jeweils
19.00 Uhr, Roter Laden

Ortsverband

Friedrichshain Nordost

■ Mitgliedertreffen:

Do., 05.03., 19.03. sowie 02.04. und
16.04., jeweils 19.00 Uhr, Roter Laden

■ Neumitgliedertreffen:

Do., 05.03., bereits ab 18.00 Uhr

■ Kennlertreffen von Team

Ekkehard Spiegel (Direktkandidatur
fürs AGH, Wahlkreis 5):
Do., 26.03. und 23.04.,
jeweils 18:30 Uhr im Roten Laden

Ortsverband

Friedrichshain West

■ Mitgliedertreffen:

Mo., 02.03., 18:30 Uhr, Roter Laden

■ Wahlkampfauftakt:

Sa., 28.03., 14:00 Uhr mit Damiano
Valgolio, im Anschluss Haustür-
besuche und gemütliches
Beisammensein

Ortsverband

Kreuzberg Ost

■ Mitgliedertreffen:

Do., 12.03. und 09.04.,
jeweils 19.00 Uhr im CoLab

Ortsverband

Kreuzberg Zentrum

■ Mitgliedertreffen:

Mo., 02.03. und 13.04., jew. 19:00 Uhr,
Familiengarten, Oranienstr. 34

Ortsverband

Kreuzberg West

■ Mitgliedertreffen:

Bitte per Mail anfragen

■ Gesamt-Kreuzberger Stammtisch:

Do., 19.03. und 16.04.,
jeweils ab 19.00 Uhr, Südblock,
Admiralstr. 1

Die Linke

Friedrichshain- Kreuzberg

Impressum:

Redaktionsschluss: 27. Februar 2026
Herausgeberin: Die Linke Friedrichshain-
Kreuzberg, Telefon: 030 4262687
Gedruckt auf Recyclingpapier.

www.dielinke-fk.de
www.facebook.com/dielinke.fk
Instagram: @dielinke.fk

info@dielinke-fk.de
Redaktion: Yvonne Hein (V.i.S.d.P.),
Damiano Valgolio

Kontakt Fraktion Die Linke in der

BVV Friedrichshain-Kreuzberg:

Yorckstraße 4–11, 10965 Berlin
Telefon: 030 90298 2599

E-Mail: fraktion@linke-kommunal.de